

23. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 09.12.2021

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Klara Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair		

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Stefan Zehetmair

Saran Diané
Lorenz Ilmberger

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger und Frau Diané.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Rader nachträglich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Gemeinderatssitzung als Hybridsitzung durchgeführt wird. Einige Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter der Verwaltung sind mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

230 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 23:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.11.2021, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

231 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Der Vorsitzende gibt das Ergebnis der Beschlussfassung aus der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Tagesordnungspunktes 6 nö „Neuausschreibung Unterföhringer Kulturpreis; Sachstand und weiteres Vorgehen“ bekannt.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Weitere Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen sind nicht vorzunehmen.

AZ 024
Hauptamt

232 23 **Anpassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 bis 2026;
Sitzungsteilnahme der Gemeinderatsmitglieder durch Ton-
Bildübertragung (Hybridsitzung)**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss Nr. 200 vom 16.09.2021 sowie den Beschluss Nr. 165 vom 12.05.2021 in Erinnerung.

Hierbei hat sich der Gemeinderat einstimmig für die Einführung bzw. Fortführung der Hybridsitzungen (Teilnahme mittels Ton-Bildübertragung), vorerst befristet bis Ende Dezember 2021, ausgesprochen.

Gemäß Art. 47a Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) können Gemeinderatsmitglieder an den Sitzungen des Gemeinderats mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen, soweit der Gemeinderat dies in der Geschäftsordnung zugelassen hat.

In Anbetracht des Art. 120b Abs. 4 Satz 1 GO ist die Zulassung im Sinn des Art. 47a Abs. 1 Satz 1 GO für Sitzungen vor dem 01. Januar 2022 auch durch Beschluss möglich. Von dieser Rechtsvorschrift hat die Gemeinde Unterföhring bisher Gebrauch gemacht.

Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit der Teilnahme der Gemeinderatsmitglieder durch Ton-Bildübertragung grundsätzlich nach Art. 122 Abs. 2 GO i.V.m. Art. 47a GO bis 31. Dezember 2022 beschränkt.

Die Verwaltung schlägt vor, die Sitzungsteilnahme der Gemeinderatsmitglieder durch Ton-Bildübertragungen auch über das Jahr 2021 hinaus anzubieten. Für die Umsetzung der Hybridsitzungen muss deshalb die Geschäftsordnung entsprechend angepasst werden.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung verlangt das Gesetz Art. 47 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden.

Folgender neuer § 22a wird der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 bis 2026 entsprechend eingefügt:

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

§ 22a Sitzungsteilnahme durch Ton-Bildübertragung (Hybridsitzung)

- (1) Gemeinderatsmitglieder können an Sitzungen des Gemeinderates sowie vorberatender und beschließender Ausschüsse mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen. Der Vorsitzende sowie die nutzenden Gemeinderatsmitglieder müssen sich in der Sitzung gegenseitig optisch und akustisch wahrnehmen können – hierzu müssen das Mikrofon (bei Wortmeldungen) und Kamera dauerhaft aktiviert sein.
- (2) Die Zuschaltung mittels Ton-Bildübertragung ist in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung möglich. In öffentlichen Sitzungen müssen per Ton-Bild-Übertragung teilnehmende Gemeinderatsmitglieder für die im Sitzungssaal anwesende Öffentlichkeit entsprechend wahrnehmbar sein.
- (3) Bei nichtöffentlicher Sitzung haben mittels Ton-Bildübertragung teilnehmende Gemeinderatsmitglieder dafür Sorge zu tragen, dass die Übertragung in ihrem Verantwortungsbereich ausschließlich von ihnen allein wahrgenommen werden kann. Ein Verstoß gegen die in Satz 1 genannte Regelung ist ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht und kann entsprechend sanktioniert werden.
- (4) Sitzungen sind weiterhin aufgrund der Saalöffentlichkeit als Präsenzsitzungen abzuhalten, der Vorsitzende muss im Sitzungssaal anwesend sein.
Mit der frist- und formgerechten Einladung zu den Sitzungen des Gemeinderats sowie der Ausschüsse muss mit separater E-Mail der Zugangslink für die anstehende Hybridsitzung (durch die Verwaltung) versandt werden.
- (5) Gemeinderatsmitglieder, welche sich zu einem späteren Zeitpunkt über die Ton-Bild-Übertragung der Sitzung zuschalten, müssen sich beim Vorsitzenden per Wortmeldung der Sitzung anschließen und mitteilen, dass Sie sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung beteiligen.
- (6) Wortmeldungen der durch Ton-Bildübertragung zugeschalteten Gemeinderatsmitglieder müssen über die Chatfunktion, welche vom Vorsitzenden sowie der Verwaltung überwacht wird, angemeldet werden.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- (7) Abs. 1 gilt ebenfalls für Verwaltungsmitarbeitende sowie seitens der Gemeindeverwaltung geladene externe Experten und Gastredner.
- (8) Hierbei ist insbesondere das Abstimmungsverhalten erkenntlich darzustellen. Abstimmungen müssen gemäß Art. 51 Abs. 1 GO in offener Abstimmung erfolgen. Alle Gemeinderatsmitglieder müssen ihr Abstimmungszeichen bis zur Freigabe des Vorsitzenden deutlich sichtbar aufzeigen.
- (9) Zugeschaltete Gemeinderatsmitglieder gelten als anwesend im Sinn von Art. 47 Abs. 2 GO. Eine Teilnahme an Wahlen ist durch die Zuschaltung nicht möglich.
- (10) Persönlich beteiligte Mitglieder gemäß Art. 49 GO, welche per Ton-Bild-Übertragung zugeschaltet sind, werden vom Vorsitzenden in die sogenannte „virtuelle Lobby“ geschoben und nach Beendigung des Tagesordnungspunktes wieder in die Sitzung zurückgeholt.
- (11) Die Gemeinde trägt in ihrem Bereich die Verantwortung, dass die technischen Zuschaltmöglichkeiten während der Sitzung ununterbrochen bestehen. Störungen außerhalb des Verantwortungsbereiches der Gemeinde bleiben dagegen unbeachtlich und gehen zu Lasten der jeweiligen Mitglieder, da diese auch selbst entscheiden können, ob Sie physisch anwesend sind oder sich nur zuschalten lassen wollen.
Die Gemeinde stellt den Gemeinderatsmitgliedern die Hard- (Tablet) und Software (CiscoWebxMeetings) zur Verfügung und übernimmt aber nicht die laufende Systembetreuung der Hardware. Es wird ausdrücklich festgelegt, dass die Hard- und Software in funktionsfähigem Zustand zur Verfügung gestellt wird, ohne die laufende Systembetreuung zu übernehmen.
- (12) Zugeschaltete Gemeinderatsmitglieder müssen bis zum Ende der Sitzung eine Reklamation von technischen Problemen, welche nicht in Ihren Verantwortungsbereich fallen, beim Vorsitzenden anzeigen. Anderenfalls wird in der Niederschrift der Sitzung die ordnungsgemäße Teilnahme aller anwesenden Mitglieder dokumentiert.
- (13) Die Möglichkeit zur Teilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung findet in der Regel mit Hilfe des Programms „CiscoWebexMeetings“ statt. Ausnahmen sind nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Sitzungsleiter und dessen Zustimmung zulässig.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- (14) Die Möglichkeit zur Sitzungsteilnahme durch Ton-Bildübertragung ist bis zum Ablauf des 31.12.2022 befristet.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat beschließt die Anpassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2020 – 2026 samt Anlage1 mit folgenden Änderungen:

Der Geschäftsordnung wird ein neuer § 22 a Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bildübertragung (Hybridsitzung) hinzugefügt.

Ein Entwurf der neuen Geschäftsordnung wurde den Mitgliedern im Vorfeld dieser Sitzung zugestellt.

Die Änderungen treten mit Wirkung vom 10.12.2021 in Kraft.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung verlangt das Gesetz Art. 47 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden.

AZ 0241
Hauptamt

233 23 **Seniorenbeiratswahl Amtszeit 2022-2025; weiteres Vorgehen**

Die Amtszeit des amtierenden Seniorenbeirats Unterföhring endet regulär am 31.01.2022. Mit Bekanntmachung vom 15.10.2021 wurde daher die für das Gremium wahlberechtigte Bürgerschaft zur Einreichung von Vorschlägen zur Neuwahl eines Seniorenbeirats, Wahltermin: 21.12.2021, aufgefordert. Vorschläge konnten in der Zeit von 15.10.2021 bis einschl. 15.11.2021 bei der Gemeinde Unterföhring (Wahlamt), eingereicht werden. Der Seniorenbeirat Unterföhring besteht aus sieben Mitgliedern.

Innerhalb der gesetzten Frist gingen nur drei Bewerbungen bei der Gemeinde ein. Eine Wahl findet in diesem Fall nicht statt. Da nicht mind. sechs Bewerbungen eingegangen sind, besteht satzungsgemäß auch keine Möglichkeit durch den Gemeinderat einen Seniorenbeirat zu berufen. Die Amtszeit des bisherigen Seniorenbeirates endet in diesen Fällen am 31.12. des Wahljahres = 31.12.2021 (Nr. 3.8 der Satzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring).

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Als mögliche Optionen stehen im Raum, die Seniorenbeiratswahl nochmals auszuschreiben (Alt. 1) oder aber eine(n) Seniorenbeauftragte(n) und einen oder zwei Stellvertreter(innen) zu berufen (Alt. 2).

Die bisherigen drei Bewerber(innen) halten Ihre Bewerbung aufrecht. Zur Übernahme der Aufgabe einer (eines) Seniorenbeauftragten oder Stellvertreters (Stellvertreterin) besteht ebenfalls grundsätzliche Bereitschaft.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat beschließt die Wahl des Seniorenbeirats nochmals auszuschreiben. Die Gemeinde (Wahlamt) schreibt die Wahl Anfang 2022 erneut aus. Der bisherige (amtierende) Seniorenbeirat führt die Geschäfte fort; längstens bis zur Neuwahl. Die Folgen der Nr. 3.8 der Satzung bleiben im Hinblick auf die Dauer (Ende) der Amtszeit des geschäftsführenden Seniorenbeirats unbeachtlich.

AZ 4172
Hauptamt

234 23 **Bestellung zweier Ortschronisten - Neubesetzung**

Der Vorsitzende erinnert an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11.11.1985, Nr. 287, wonach der Gemeinderat seine Auffassung bekräftigte, dass in jederzeit widerruflicher Weise ein(e) Ortschronist(in) bestellt werden soll, und vom 9.12.1985, Nr. 301, wonach Herr Heinrich Frey in jederzeit widerruflicher Weise zum Ortschronisten für die Gemeinde Unterföhring bestellt wurde. Als allgemeine Aufgabe des Ortschronisten wurde bestimmt, dass er die Vorgänge und Ereignisse aus der Vergangenheit und ihre historischen Zusammenhänge zu erforschen habe. Der Ortschronist habe ferner zu Beginn eines jeden Jahres einen Bericht über das abgelaufene Jahr vorzulegen und der Gemeinde die entsprechenden Schriftstücke und gesammelten Archivmaterialien zum Verbleib auszuhändigen.

Der Aufgabenkatalog des Ortschronisten umfasst laut Beschluss vom 9.12.1985 zum Beispiel: Einrichtung eines Heimatmuseums, Geschichtsforschung in kultureller, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht, Erfassung und Fortschreibung der Ortsgeschichte, Fotos und/oder Dias bedeutsamer Ereignisse, Erarbeiten von Fotodokumentationen, Beratung und Hilfe bei Veranstaltungen der Heimat- und Volkstumspflege, Veröffentlichung von

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wichtigen Vorgängen in der lokalen Presse, Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen (zum Beispiel Kreisheimatpfleger und Landesamt für Denkmalpflege).

Die Bestellung wurde zum 1.1.1986 wirksam und konnte sowohl von Herrn Frey als auch von der Gemeinde jederzeit ohne Fristeinhaltung beendet werden.

Nach mittlerweile 35 Jahren erfolgreicher Tätigkeit möchte Herr Frey sein Amt aus Altersgründen an einen Nachfolger übergeben. Die Verwaltung hat daraufhin nach Personen gesucht, die ein ausgeprägtes historisches Interesse haben, ortskundig und ortsansässig sind. Auf Anfrage der Verwaltung haben sich die Herren Stefan Ganser und Alois Riederer bereit erklärt, das Amt des Ortschronisten von Herrn Frey zu übernehmen und es gemeinsam und gleichberechtigt auszuüben.

Ihre Aufgabe als Ortschronisten soll es weiterhin sein, die kulturellen und geschichtlichen Zeugnisse aus Unterföhring zu bewahren. Durch Sammeln, Aufbewahren und Dokumentieren sorgen sie dafür, dass Kulturgüter der Nachwelt erhalten und nachfolgenden Generationen zugänglich bleiben. Veränderungen des Ortsbilds sollen sie in Wort und Bild festhalten. Eine Zusammenarbeit und ein Austausch mit dem Heimatmuseum sind gewünscht. Es soll weiterhin zu Beginn eines jeden Jahres ein Bericht über die Tätigkeit abgegeben sowie die gesammelten Schriftstücke und Archivmaterialien dem Gemeindearchiv zur Verfügung gestellt werden.

Die Bestellung wird zum 1.1.2022 wirksam, und kann von Herrn Ganser und Herrn Riederer sowie von der Gemeinde jederzeit ohne Fristeinhaltung beendet werden.

Herr Frey wird aus Dankbarkeit für sein Wirken, unter anderem bei der Gründung des Heimatmuseums sowie bei der Entwicklung des Ortsgeschichtlichen Wegs auf dem S-Bahn-Tunnel, zum Ortschronisten ehrenhalber ernannt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachvortrag der Verwaltung zur Kenntnis und bestimmt die Herren Stefan Ganser und Alois Riederer zu Ortschronisten der Gemeinde Unterföhring, die ihr Amt gemeinsam und gleichberechtigt ausüben.

Ihre Aufgabe ist es, die kulturellen und geschichtlichen Zeugnisse aus Unterföhring zu bewahren. Durch Sammeln, Aufbewahren und Dokumentieren

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sorgen sie dafür, dass Kulturgüter der Nachwelt erhalten und nachfolgenden Generationen zugänglich bleiben. Veränderungen des Ortsbilds sollen sie in Wort und Bild festhalten. Eine Zusammenarbeit und ein Austausch mit verschiedenen Institutionen (z.B. Kreisheimatpflege, Denkmalpflege etc.), insbesondere auch mit dem Heimatmuseum Feringer Sach, sind gewünscht. Es soll weiterhin zu Beginn eines jeden Jahres ein Bericht über die Tätigkeit abgegeben werden. Die gesammelten Schriftstücke und Archivmaterialien werden dem Gemeindearchiv zur Verfügung gestellt.

Die Bestellung wird zum 1.1.2022 wirksam, und kann von Herrn Ganzer und Herrn Riederer sowie von der Gemeinde jederzeit ohne Fristeinhaltung beendet werden.

Herr Frey wird aus Dankbarkeit für sein Wirken, unter anderem bei der Gründung des Heimatmuseums sowie bei der Entwicklung des Ortsgeschichtlichen Wegs auf dem S-Bahn-Tunnel, zum Ortschronisten ehrenhalber ernannt.

Referent des Bürgermeisters

235 23 **Musikschule Unterföhring e.V.; Unterstützung durch die Gemeinde;
Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10.06.2021 beschlossen, dass die Gemeinde zum Ausgleich der Einnahmeausfälle und zum Erhalt der Musikschule in den Monaten Juni, Juli, August und September einen Zuschuss gewährt, der das jeweilige negative Ergebnis des Vormonats ausgleicht.

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bis zum 31.10.2021 ein dauerhaft tragfähiges Konzept für den weiteren Betrieb der Musikschule entwickelt wird. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Musikschule Unterföhring e.V., die auch einen dauerhaften Beitrag der Gemeinde zu den Lehrpersonalausgaben beinhaltet, wird erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen.

Zusätzlich wurde ein Sachverständiger beauftragt, der die Ursachen der derzeitigen finanziellen Situation der Musikschule Unterföhring überprüft.

Gemäß dem oben genannten Beschluss vom 10.06.2021 hat die Musikschule für die genannten Monate insgesamt einen Zuschuss in Höhe von 35.800 €.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Letztmalig erfolgte am 28.09.2021 eine Zahlung mit der das Defizit des Monats August ausgeglichen wurde.

Die ebenfalls gemäß der genannten Beschlusslage bei der Intaria AG beauftragte Analyse der derzeitigen Situation kommt zu folgendem Ergebnis: „Betrachtet wurde der Zeitraum von Januar 2018 bis Juni 2021. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben steigen bis Oktober 2019 stetig an. Die Sondereffekte der Novembermonate werden durch die Zuschüsse in den ersten Monaten der Folgejahre wieder ausgeglichen. Unter Nichtberücksichtigung dieser Effekte ist zu erkennen, dass ab Oktober 2019 die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Unseres Erachtens verstärken die Folgen der Corona-Pandemie diese Entwicklung, sind aber nicht deren Ursache. Diese liegt im Anstieg der Personalkosten der Musikschule begründet, zum einen bedingt durch die jährlichen Gehaltserhöhungen, zum anderen durch die oben beschriebenen Folgen der Feststellung der Scheinselbständigkeit der Lehrer. Aufgrund des zu geringen Anstiegs der Einnahmen ergibt sich eine nachhaltig defizitäre Situation. Ein kostendeckender Betrieb der Musikschule könnte -entsprechend unserer Analyse -einerseits durch Reduzierung der Personalkosten oder andererseits durch Erhöhung der Kursgebühren erreicht werden.“

Herr Galler, Wirtschaftsprüfer bei der Intaria AG erläutert dem Gemeinderat die bisher getroffenen Feststellungen und steht dem Gremium für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung

Die derzeitige Situation stellt sich wie folgt dar:

- Die defizitäre Situation liegt weiterhin vor, weshalb die Musikschule Zuwendungen der Gemeinde benötigt um den Betrieb in der derzeitigen Form weiterführen zu können.
- Der Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Sing und Musikschulen, Herr Greth hat mit Mail vom 09.11.2021 Unterlagen an die Verwaltung gesendet, die Grundlage für die Beratung im Gemeinderat sein können, um eine Entscheidung über die künftige Organisationsform der Musikschule und der Zusammenarbeit der Gemeinde mit der Musikschule, zu treffen.

Herr Greth erläutert dem Gemeinderat die ausgearbeiteten Unterlagen, insbesondere die verschiedenen Haushaltsmodelle und steht dem Gremium für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung

In der Sitzung am 11.11.2021 hat der Gemeinderat folgenden Beschluss gefasst:

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

„Die Fragen der CSU Fraktion im Gemeinderat, die mit Mail vom 10.11.2021 gestellt wurden, sollen von einem von der Gemeinde beauftragten Wirtschaftsprüfer beantwortet werden.

Gleichzeitig soll ein Gremium gebildet werden, in dem jede im Gemeinderat vertretene Fraktion vertreten ist, dass an der Entwicklung des künftigen Konzepts der Musikschule mitwirkt.

Das weitere Vorgehen wird in der Sitzung des Gemeinderats im Dezember 2021 nach den Vorgaben im Sachvortrag behandelt.“

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe zur Entwicklung des künftigen Konzepts der Musikschule hat bereits stattgefunden. Neben Vertretern von allen Fraktionen im Gemeinderat und der Verwaltung, haben auch der Vorstand der Musikschule und deren Steuerberater am Gespräch teilgenommen. Im Rahmen des Gesprächs hat die Verwaltung die oben genannten Unterlagen des Verbandes der Bayerischen Sing und Musikschulen erläutert. Insbesondere wurden die verschiedenen berechneten Haushaltsmodelle und die möglichen künftigen Organisationsformen der Musikschule dargestellt.

Gleichzeitig wurden im Rahmen des Gesprächs von den Fraktionen folgende 2 Fragen gestellt:

- Eine Sozialversicherungsprüfung bei der Musikschule hat einen Nachforderungsbetrag in Höhe von ca. 67.000 € ergeben, da einige sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Vergangenheit als selbständige freie Mitarbeiter angesehen wurden. Der Nachforderungsbetrag wurde mit Bescheid vom 23.11.2020 festgestellt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob dem Vorstand der Musikschule oder dem rechtlichen und steuerlichem Berater ein Fehlverhalten vorzuwerfen ist.
- Wurden die oben genannten Zuschüsse der Gemeinde zur Finanzierung der Nachzahlungsverpflichtungen verwendet oder zur Finanzierung laufender Ausgaben ?

Die Musikschule hat Unterlagen zur sozialversicherungsrechtlichen Prüfung zur Verfügung gestellt. Nach deren Analyse fällt auf, dass die Musikschule selbst Statusfeststellungsverfahren beantragt hat, um überprüfen zu lassen, ob die Einordnung einiger freier Mitarbeiter rechtlich einwandfrei ist, oder ob sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt. Im Zuge dieser Verfahren und bei einer gleichzeitig durchgeführten Außenprüfung wurden dann die genannten Feststellungen getroffen die zur Nachzahlungsverpflichtung geführt hat.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es wurde aber lediglich ein Nachforderungsbetrag festgesetzt. Ausdrücklich nicht festgesetzt wurden aber Säumniszuschläge oder Zinsen.

Somit kann festgestellt werden, dass diese nachzuzahlenden Sozialversicherungsbeiträge nicht zusätzlich, sondern nur später im Zuge der Nachzahlung angefallen sind.

Wären die fraglichen Mitarbeiter bereits früher als sozialversicherungspflichtig angesehen worden, hätten die Beiträge mit den monatlichen Bezügen in den Jahren ab 2011 abgeführt werden müssen.

Lediglich die defizitäre Situation wäre dann eventuell früher aufgefallen.

Trotzdem hat die Wirtschaftsprüfung folgende Feststellung ergeben:

Bei einem weiteren Beschäftigungsverhältnis hat die Musikschule vermutet, dass eine Befreiung der betreffenden Person von der Sozialversicherungspflicht vorliegt. Trotzdem wurde die Gehaltsabrechnung, bei der Annahme, dass die genannte Befreiung vorliegt, falsch durchgeführt. Im Zeitraum von 2011-2018 ist dabei ein finanzieller Schaden in einer Größenordnung von 20.000 EUR bis 25.000 EUR entstanden.

Zur Finanzierung der Nachzahlungsverpflichtung kann folgendes festgestellt werden:

Haushaltsmittel stellen grundsätzlich Gesamtdeckungsmittel dar. Das bedeutet, alle Einnahmen finanzieren alle Ausgaben ohne Zweckbindung. Gleichwohl können für die innere Organisation und der Haushaltsüberwachung Kategorien gebildet werden.

In den vorgelegten betriebswirtschaftlichen Auswertungen der Musikschule wird auf der Einnahmeseite der weit überwiegende Betrag unter Umsatzerlöse gebucht. Auf der Ausgabenseite stellen die Personalkosten den größten Posten dar.

Die gemeindlichen Zuschüsse für die Monate Mai bis August 2021 wurden mit den anderen Einnahmen wie z.B. den Unterrichtsentgelten, in den Umsatzerlösen gebucht.

Die Ausgaben für Personalkosten beinhalten in diesen Monaten auch die jeweiligen Nachzahlungsbeträge für die Sozialversicherung.

Mit der genannten Kategorisierung der Einnahmen und Ausgaben kann nachvollziehbar die Ansicht vertreten werden, dass Einnahmen aus Unterrichtsentgelten für die Finanzierung der Nachzahlungsverpflichtung verwendet werden und die gemeindlichen Zuschüsse für die Finanzierung der laufenden Personalausgaben.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke hat sich aufgrund persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) nicht an der Beratung und Abstimmung beteiligt.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 20 : 2

Vor einer dauerhaften Zusammenarbeit der Gemeinde mit dem Verein "Musikschule Unterföhring e.V.", im folgenden Verein genannt, auf der Basis der Vorschläge des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen wird Seitens der Verwaltung ein Übergang des derzeitigen e.V., insbesondere bezüglich Haftungsfragen, auf einen neu zu gründenden Verein geprüft und das Ergebnis umgehend dem Gemeinderat mitgeteilt.

Die Zusammenarbeit erfolgt mit folgenden Maßgaben:

1. Zahlungsverpflichtungen des Vereins aus früheren Sozialversicherungsprüfungen, wurden und werden von der Gemeinde nicht übernommen. Sollten dennoch aus dem Gesamthaushalt der Musikschule Nachforderungen aus der Sozialversicherung bezahlt worden sein, behält sich die Gemeinde einen Rückforderungsanspruch vor.
2. Bis zum 25. eines Monats, beginnend ab dem 25.12.2021, teilt die Musikschule die laufenden Personalausgaben des Folgemonats und weitere betriebsnotwendige Ausgaben mit. Ebenfalls werden die Einnahmen aus Unterrichtsentgelten und weitere Einnahmen mitgeteilt. Einen verbleibenden negativen Saldo gleicht die Gemeinde aus. Der Ausgleich erfolgt nach der Vorlage der Unterlagen vorläufig als Abschlagszahlung. Am Ende des Monats erfolgt, nach Vorlage der tatsächlichen Ein- und Ausgaben, eine Abrechnung.
3. Dieser Ausgleich erfolgt bis zum Beitritt der Musikschule zum Verband der Bayerischen Sing- und Musikschulen. Der Beitritt ist zum 01.03.2022 anzustreben.
4. Der Verein hat seine Satzung mit folgenden Maßgaben zu ändern:
 - Es findet eine Abstimmung mit dem Musikschulverband statt.
 - Bevor die geänderte Satzung von der Mitgliederversammlung beschlossen wird, muss der Satzungsentwurf der Gemeinde vorgelegt werden.
 - Diese lässt den Entwurf nach rechtlichen, insbesondere steuerrechtlichen Gesichtspunkten prüfen. Evtl. Empfehlungen der Sachverständigen sind von der Musikschule in die Satzung zu übernehmen.
 - Der Vorstand der Musikschule wird in der Satzung wie folgt festgelegt
 1. Vorsitzende/r (von der Mitgliederversammlung gewählt)
 2. Vorsitzende/r (von der Mitgliederversammlung gewählt)

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Schatzmeister/in (von der Mitgliederversammlung gewählt)

Schriftführer/in (von der Mitgliederversammlung gewählt)

3 weitere Besitzer, die vom Gemeinderat bestellt werden

- Die Satzung muss die Bestimmung enthalten, dass der jährliche Haushalt der Musikschule, vor der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung, bei der Gemeinde vorzulegen und durch diese zu genehmigen ist.

5. Es kommt das vom Musikschulverband erstellte Haushaltsmodell „voll tarifgebunden“ zur Anwendung

6. Die Verwaltung wird beauftragt einen Vertrag mit der Musikschule bzw. einen Betrauungsakt zu erarbeiten. Im Falle, dass ein Betrauungsakt empfohlen wird, ist eine verbindliche Auskunft bei den Finanzbehörden einzuholen, dass auf die künftigen Zahlungen der Gemeinde an die Musikschule keine Umsatzsteuer fällig wird.

AZ 940

Finanzen

236

23

Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V. auf möglichst umgehenden Baubeginn eines Hallenbades (Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)

Am 12.10.2021 ist bei der Gemeinde ein Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V. für die Bürgerversammlung am 21.10.2021 eingegangen. Darin regt der Schwimmverein an, dass die Gemeinde möglichst umgehend mit dem Bau eines Hallenbades beginnt.

Der Gemeinderat möge dieses Anliegen beraten.

Zur Begründung wird auf den Antrag verwiesen, der der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Auf eine förmliche Beschlussfassung in der Bürgerversammlung wurde verzichtet, da Herr Erster Bürgermeister in der Bürgerversammlung zugesagt hat, dass sich der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 mit der Angelegenheit befassen wird.

Der Finanzausschuss hat die Angelegenheit mittlerweile im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 2022 beraten und dem Gemeinderat folgendes zur Beschlussfassung empfohlen:

„Der Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V., eingegangen am 12.10.2021, wird zur Kenntnis genommen. Vom Bau eines Hallenbades wird aus

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

finanziellen Gründen bis auf Weiteres Abstand genommen. Der Finanzausschuss wird sich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 für den Haushalt 2024 erneut mit dem Antrag befassen.“

Beschluss: 23 : 0

Der Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V., eingegangen am 12.10.2021, wird zur Kenntnis genommen. Vom Bau eines Hallenbads wird aus finanziellen Gründen bis auf Weiteres Abstand genommen. Der Finanzausschuss wird sich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 für den Haushalt 2024 erneut mit dem Antrag befassen.

AZ 9

Finanzen

23 **Grundschule an der Bahnhofstraße; Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

AZ 621

Bauamt

237 23 **Grundschule an der Bahnhofstraße; Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**
Vorstellung von Varianten zur Fassadengestaltung

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 16.09.2021, Nr. 201, in Erinnerung. Der Gemeinderat hat hierbei das Gesamtprojekt – Umsetzung des pädagogischen Gesamtkonzepts mit Brandschutzsanierung an der Grundschule Bahnhofstraße, Kosten- und Sachstand vom 28.06.2021, u.a. wie folgt beschlossen:

Bauteil A – 1996 – die Fassade soll erhalten bleiben; keine energetische Aufwertung;

Bauteil B – 1964 – die Fassade soll energetisch aufgewertet werden; Keine Holzfassade; Farbgestaltung blau soll erhalten bleiben; das Mosaik soll soweit möglich erhalten bleiben; die Belichtung der dahinterliegenden Differenzierungsräume soll gewährleistet werden.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.11.2021 hat das Architekturbüro SSP, Waldkirchen, hierzu mögliche Fassadenvarianten (Fassadenfarbgestaltung und Mosaik-Varianten Nr. I, II und III.1/2.), Stand 28.10.2021, zusammengestellt, die dem Gremium zur Verfügung gestellt wurden. Herr Sonnleitner, Architekturbüro SSP, Waldkirchen, erläuterte dem Gremium die Fassadenvarianten und stand während der Sitzung dem Gremium für Fragen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang verweist der Erste Bürgermeister auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2021, Nr. 168.

Die in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.11.2021 vorgestellten Varianten unterscheiden sich in der Farbgestaltung sowie in der Gestaltung des Mosaiks.

Die Farbgestaltung ist basierend auf der Gemeinderatsvorgabe „blau soll erhalten bleiben“ dargestellt. Des Weiteren wurde eine weitere Farbgestaltung mit entwickelt, die eine Angleichung des Bauteils A 1996 und Bauteil B 1964 vereinheitlicht in gelb darstellt.

Es handelt sich um jeweils 2 Fassadenfarbgestaltungen.

Fassadenfarbgestaltung I BLAU (GR-Beschluss 16.09.2021)
wahlweise in blau/anthrazit

oder

Fassadenfarbgestaltung II GELB (gestalterischer Vorschlag als Anpassung Bauteil B an den farblich unveränderten Bauteil A)
wahlweise in gelb/anthrazit

sowie um 3 Mosaik-Varianten **(I, II, III.1 und .2)**.

Zusätzlich wurde durch den Gemeinderat am 16.09.2021 beschlossen, dass das Mosaik möglichst erhalten bleiben soll. Hierzu stellen sich folgende Gestaltungsvarianten dar:

Mosaik-Variante I – gemäß Planungsvorschlag

Mosaik im Eingangsbereich ca. 3 m², Fassade wärmegeklämt mit Fensteröffnung; Mosaik als Glaskunst vorgehängt. Die Kosten sind in der genehmigten Kostenberechnung 16.09.2021 mit insgesamt 17,3 € Mio. brutto enthalten.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mosaik-Variante II – mit Seitenbelichtung

Mosaik Bestand an der alten Portalwand; ohne Wärmedämmung;
Nicht nachhaltig, da Fassade ungedämmt.
Gute Belichtung der Meditation- und Ausweichräume. Zusätzliche
Kostenbudget-Erhöhung um 142.905,46 € brutto.

Variante III.1 – Erhalt des Mosaiks in Teilflächen

Mosaik Bestand an der alten Portalwand; ohne Wärmedämmung;
Nicht nachhaltig, da Fassade ungedämmt.
Schlechte Belichtung der Meditations- und Ausweichräume. Zusätzliche
Kostenbudget-Erhöhung um 65.078,06 € brutto.

Variante III.2 – Erhalt des Mosaiks wie Bestand vollflächig an der Portalwand

Mosaik Bestand an der alten Portalwand; mit Wärmedämmung;
Nachhaltig, da Fassade gedämmt (BEG)
Schlechte Belichtung der Meditations- und Ausweichräume. Zusätzliche
Kostenbudget-Erhöhung um 540.915,08 € brutto.

Die Mosaik-Varianten I, II und III.1 und III.2, sowie die Fassadenfarb-
gestaltungen Varianten BLAU – wahlweise in blau/anthrazit und GELB - gelb/
anthrazit (Stand 28.10.2021) wurden den Ausschussmitgliedern zur Verfügung
gestellt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und
Grundstücksausschusses vom 24.11.2021, Nr. 168, und spricht sich für die für
die Fassadengestaltungsvariante in der Farbgebung BLAU, Stand 24.11.2021,
sowie für die Mosaik-Variante Nr. I aus.

Die Kosten in Höhe von rund 120.000,- € brutto für diese Fassadengestaltung
(Farbgebung BLAU und Mosaik-Variante I) sind in der genehmigten
Kostenberechnung 16.09.2021 in Höhe von 17,3 € Mio. brutto enthalten.

AZ 621
Bauamt

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

238

23

**Grundschule an der Bahnhofstraße; Sanierungs- und
Modernisierungsmaßnahmen (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-,
Verkehr- und Grundstücksausschuss)**
**Mitteilung der Fördermittel für die Sanierungs- und
Modernisierungsmaßnahmen**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 16.09.2021, Nr. 201, in Erinnerung. Der Gemeinderat hat hierbei das Gesamtprojekt – Umsetzung des pädagogischen Gesamtkonzepts mit Brandschutzsanierung an der Grundschule Bahnhofstraße, Kosten- und Sachstand vom 28.06.2021, u.a. die Verwaltung beauftragt, alle Fördermöglichkeiten (u.a. EEG, Erneuerbare-Energien-Gesetz, FAG, Finanzausgleichsgesetz etc.) auszuschöpfen.

Die Verwaltung hat daraufhin am 29.09.2021 die Regierung von Oberbayern schriftlich angefragt. Die Regierung von Oberbayern teilte am 01.10.2021 daraufhin mit, dass nach Prüfung der von der Gemeinde Unterföhring vorgelegten Finanzdaten, ein Zuwendungsantrag nach Art. 10 BayFAG für die Sanierung der Grundschule wohl keine Aussicht auf Erfolg hat.

Die Finanzkraft der Gemeinde Unterföhring liegt im Durchschnitt des Betrachtungszeitraumes 2015-2019 bei über 670 % des Größenklassendurchschnitts. Auch die Rücklagensituation ist deutlich überdurchschnittlich. Aufgrund der sehr guten finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Unterföhring ist davon auszugehen, dass die Maßnahme auch ohne staatliche Zuweisung finanziert werden kann.

Sollte sich die Haushaltslage tatsächlich maßgeblich verschlechtern, kann die Situation natürlich erneut geprüft werden und der Freistaat Bayern Zuweisungen nach Art. 10 FAG gewähren.

Des Weiteren wurden Fördermöglichkeiten nach BEG – Bundesförderung für effiziente Gebäude – Einzelmaßnahmen (BEG EM) - und deren zusätzlich notwendigen Maßnahmen abgefragt. Hierzu wurde von Müller-BBM GmbH, Planegg, ein Förderkatalog zusammengestellt. Diese Unterlagen vom 13.10.2021 wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

a) Förderung nach KfW gem. BEG

Förderung für KfW 55 Standard für Neubauten wird zum 14.01.2022 wieder eingestellt!

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für Sanierungen bleibt die Förderung bestehen, bzw. sogar gestärkt, Der Antrag muss vorbereitet werden, von einem Effizienzexperten vor-/und nach Maßnahme bestätigt werden.

Mehrkostenaufstellung für erhöhten Dämmwert für Klärung des KFW-Zuschusses:

Wärmedämmung über oberster Geschossdecke (Dachboden-dämmung)

Notwendige Budgeterhöhung **45.669,60 € brutto**

BEG Förderung 20% von Gesamtsumme bei Einhaltung 0,14 W/(m²K)

20% aus 97.509,60 € brutto

Mehrkostendifferenz abzgl. Förderung 26.167,68 € brutto

Dämmung / Konstruktion Außenwand

Notwendige Budgeterhöhung 62.535,95 € brutto

BEG Förderung 20% von Gesamtsumme bei Einhaltung 0,20 W/(m²K)

20% aus 798.380,95 € brutto

Mehrkostendifferenz abzgl. Förderung - 97.140,24 € brutto

Fensterelemente

Notwendige Budgeterhöhung 140.272,82 € brutto

BEG Förderung 20% von Gesamtsumme bei Einhaltung 0,95 W/(m²K)

20% aus 528.170,82 € brutto

Mehrkostendifferenz abzgl. Förderung 34.638,66 € brutto

b) Fördermöglichkeiten der Gewerkegruppe Lüftung / Kältetechnik

Förderung zu Maßnahmen der Lüftungstechnik Im Rahmen der Sanierung der Bauteile A und B werden in die Klassenzimmer, Gruppenräume und Lehrerzimmer stationäre, dezentrale Lüftungsanlagen fest in das Gebäude vorgesehen. Grundlage der Auslegung ist eine zusätzliche Fensterunterstützung in den Pausenzeiten, d.h. es wird von 20 m³/h pro Schüler und Lehrer ausgegangen, hierbei liegt uns die Festlegung zur Schülerzahl 25 + 1 seitens der Rektorin vor. Aktuell liegt ein nutzbares Förderpaket vom „BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE“ vor. Hierbei werden Maßnahmen zum Einbau von „Corona-gerechten stationären raumlufthechnischen Anlagen und Zu-/Abluftventilatoren“ gefördert.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zum Erreichen der Förderungsstatus sind keine zusätzlichen Maßnahmen notwendig. Die Förderung ist auf Einrichtungen für Kinder unter zwölf Jahren, nach Maßgabe der Richtlinie ausgerichtet.

Die Fördergrenzen sind für den Standort auf 500.000 € bzw. im max. auf 80% begrenzt.

Kostenberechnung 233.600 € brutto

Förderanteil 80% 186.900 € brutto

Eigenanteil bei vollständiger Förderung: 46.700 € brutto

HINWEIS: Die Einreichung des Antrags muss bis zum 31.Dezember 2021 erfolgt sein!

c) **Fördermöglichkeiten der Gewerkegruppe ELT**

Digitalpakt

Der Digitalpakt ist eine Förderung des Freistaates Bayern zur EDV Ausstattung der Schulen. IT Hardware + Software:

- digitale Tafeln
- Switche, Patchpanel

Bauliche Maßnahmen

- Verkabelung
- Anschlussdosen
- Serverschränke

Je nach Finanzstärke der Kommunen können bis zu 90%

LED Beleuchtung - Jülich

Anträge bei Projektträger Jülich – kurz PTJ Zuschuss

Je nach Finanzstärke der Kommunen können bis zu 40% gefördert werden. Die Anträge müssen vor der Ausschreibung gestellt werden
Projekt-laufzeit insgesamt 1 Jahr

Energiemanagement

Es wird die Implementierung eines Energiemanagementsystems und einer Beauftragung eines externen Dienstleisters zum Aufbau und Betrieb Projektträger Jülich - PTJ Zuschuss <40%Mindesteigenanteil 5%.

Zur Erfüllung der Vorgaben muss in der Herstellung noch eine Zähler- vernetzung ergänzt werden und eine zugehörige Software gekauft werden

(Herstellkosten: 10.000€ brutto).

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kosten des Betreibers müssten nach Angebot der Dienstleister ermittelt werden.

Förderung endet zum 31.12.2021.

Lichtmanagement BEG Zuschuss <20%

Die Herstellkosten sind analog der Förderungen zum Energiemanagement zu erhöhen. Die Gesamtsumme die gefördert wird ist aber inklusive der geplanten Beleuchtungssteuerung von insgesamt 80.000 € brutto.

Vor Start der Baumaßnahme durch einen zu beauftragenden Energieeffizienzexperte zu begleiten.

In der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.11.2021 stand die Objektplanung SSP, Waldkirchen, Herr Sonnleitner, den Ausschussmitgliedern für Fragen aus der Mitte des Gremiums zu Verfügung. In diesem Zusammenhang verweist der Erste Bürgermeister auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2021, Nr. 169, der wie folgt lautet:

„Das Gremium ermächtigt die Verwaltung zur Antragstellung folgender Fördermöglichkeiten und genehmigt die damit verbundene Kostenbudgeterhöhung, Stand 28.06.2021, wie folgt:

- **Förderung nach KFW gem. BEG**
Wärmedämmung über oberster Geschossdecke
(Dachboden-dämmung) 45.669,60 € brutto
Dämmung / Konstruktion Außenwand 62.535,95 € brutto
Fensterelemente 140.272,82 € brutto
- **Fördermöglichkeiten der Gewerkegruppe ELT** 90.000,00 € brutto
insgesamt **338.478,37 € brutto**

zuzüglich 25 % Baunebenkosten sowie der Honorarkosten für einen Energieeffizienzexperten von ca. 10.000,- € brutto Stand, 24.11.2021 und sind im UA 21100 entsprechend einzustellen.“

Die möglichen Fördermittel in Höhe ca. 314.000,- € (für Wärmedämmung ca. 20.000,- €, Dämmung Außenwand ca. 160.000,- €, Fensterelemente ca. 104.000,- €, Energiemanagement 4.000,- €, Lichtmanagement ca. 16.000,- € plus Honorar für Energieeffizienzexperten 10.000,- €) sind als Einnahme im UA 21100 entsprechend zu verbuchen.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Fördermöglichkeiten wurden dem Gremium mit der Sitzungsvorlage zugestellt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2021, Nr. 169, und ermächtigt die Verwaltung zur Antragstellung aller möglichen Fördermöglichkeiten und genehmigt die damit verbundene Kostenbudgeterhöhung, Stand 28.06.2021, wie folgt:

- **Förderung nach KFW gem. BEG**
Wärmedämmung über oberster Geschossdecke
(Dachboden-dämmung) 45.669,60 € brutto
Dämmung / Konstruktion Außenwand 62.535,95 € brutto
Fensterelemente 140.272,82 € brutto
- **Fördermöglichkeiten der Gewerkegruppe ELT** 90.000,00 € brutto
insgesamt **338.478,37 € brutto**

zuzüglich 25 % Baunebenkosten sowie der Honorarkosten für einen Energieeffizienzexperten von ca. 10.000,- € brutto Stand, 24.11.2021, werden genehmigt und sind im UA 21100 entsprechend einzustellen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, zusätzlich auch die finanzabhängigen Fördermöglichkeiten für den Digitalpakt und die LED Beleuchtung – Jülich, mit abzufragen und ggf. zu beantragen.

Die möglichen Fördermittel in Höhe ca. 314.000,- € (für Wärmedämmung ca. 20.000,- €, Dämmung Außenwand ca. 160.000,- €, Fensterelemente ca. 104.000,- €, Energiemanagement 4.000,- €, Lichtmanagement ca. 16.000,- € plus Honorar für Energieeffizienzexperten 10.000,- €) sind als Einnahme dem UA 21100 entsprechend zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

239 23 **Änderungsbebauungsplan Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum
an der Blumenstraße 34 a und b; Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende gibt den Antrag von Herrn Dr. Markus Rauscher und Herrn Martin Giese, Unterföhring, auf Einleitung eines Änderungsbebauungsplanes, Blumenstraße 34 a und b (Doppelhaus), eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 21.07.2021, bekannt.

Die Grundstücke Fl.Nrn. 548/25 und 548/26 sind im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen.

Weiter erinnert der Vorsitzende an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.09.2021, Nr. 144, nach dem das Gremium den Antrag von Herrn Dr. Markus Rauscher und Herrn Martin Giese, Unterföhring, auf Einleitung eines Änderungsbebauungsplanes Nr. 35/87, Blumenstraße 34 a und b (Doppelhaus), eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 21.07.2021, zur Kenntnis nahm und sich dafür aussprach, dass die vorhandene Dachlandschaft (Satteldach) beibehalten werden soll. Der beantragten Erweiterung des bisherigen festgesetzten Bauraums von 14,00 m auf 15,20 m sowie von 14,00 m auf 14,40 m ist vorstellbar. Dabei sind die gesetzlichen Abstandsflächen einzuhalten. Vor einer abschließenden Entscheidung ist mit den Antragstellern (insbesondere zur Dachlandschaft, Baurauumerweiterung) ein Abstimmungsgespräch zu führen.

Zwischenzeitlich hat am 25.10.2021 ein Abstimmungsgespräch mit Herrn Dr. Rauscher, Herr Giese, Herrn Architekt Höfler und der Bauverwaltung stattgefunden. Die Antragsteller haben aktualisierte Planskizzen mit drei Varianten (1 bis 3) in denen drei verschiedene Dachneigungen, nämlich 8°, 15° und 28°, Stand: 18.11.2021, eingereicht. Das Dach bleibt dabei jeweils ein Satteldach. Außerdem beinhalten die Unterlagen eine Gegenüberstellung der aktuellen Kubatur zu der drei genannten Kubaturen und die jeweiligen Motivationsschreiben.

Gemäß der vorgelegten Gegenüberstellung, Stand: 18.11.2021, von Herr Architekt Höfler, Ismaning, setzt der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 35/87 einen Bauraum von 14 m x 7m, 2 Vollgeschosse und eine Geschossfläche von 180m² fest. Die bestehende und genehmigte Bebauung weist eine Geschossfläche von insgesamt 257,43m² auf, das Dachgeschoss ist dabei ein Vollgeschoss. Die erste Planung gemäß Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.09.2021, Nr. 144, hatte eine Geschossfläche von 321 m² sowie das Dachgeschoss als Vollgeschoss. Die neuen Planüberlegungen, Stand 18.11.2021, weisen nun eine Geschossfläche von 285 m² auf, das Dachgeschoss bleibt dabei wieder ein Vollgeschoss.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gegenüber dem Bestand mit 257m² würde sich die Geschossfläche nach der Erweiterung mit 285m² um 27m² erhöhen. Alle Varianten (1-3) haben die gleiche Geschossflächen, berücksichtigt werden müssten noch die energetische Sanierung der bestehenden Ost-/West- und Südseite mit jeweils ca. 20 cm Dämmschicht.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.11.2021, Nr. 170, nahm das Gremium die neuen Planüberlegungen der Antragsteller, Stand 18.11.2021, zur Kenntnis und sprach sich für Variante III (Dachneigung 28°) aus. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35/87 ist durch den Gemeinderat zu fassen. Mit den Antragstellern ist ein Kostenübernahmevertrag zu schließen.

Darüber hinaus erinnert der Vorsitzende an den Beschluss des Bauausschusses vom 21.05.1996, Nr. 3, wonach für sämtliche im Umgriff des Bebauungsplanes befindlichen Bauräume bzw. Baukörper im Wege der Befreiung der Errichtung von Dachgauben und liegenden Dachflächenfenstern zur Belichtung von Aufenthaltsräumen im Dach zugestimmt wurde.

Der Vorsitzende bringt außerdem den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.10.2021, Nr. 159, in Erinnerung, in welchem beschlossen wurde, dass sich das Gremium dem Grunde nach für die Aufstellung qualifizierter bzw. Änderung bestehender Bebauungspläne in folgenden Bereichen

- Aschheimer Straße (Südseite)
- Ringstraße
- Siedlerstraße
- Tulpenstraße
- Lindenstraße
- Isaraustraße
- Nelkenstraße
- Rosenstraße
- Teilbereich der Blumenstraße
- Gartenstraße
- Feldstraße
- Egerland

ausgesprochen hat. Somit besteht im Rahmen dieses Beschlusses ebenfalls die Möglichkeit, die Belange und Wünsche der Antragsteller mit einzubeziehen.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Antrag, die Planunterlagen sowie der Bebauungsplan Nr. 35/87 wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 23 : 0

Dem Antrag von Herrn Dr. Markus Rauscher und Herrn Martin Giese, Unterföhring, auf Einleitung eines Änderungsbebauungsplanes, Blumenstraße 34 a und b (Doppelhaus), eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 21.07.2021, wird zugestimmt. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Änderungsbebauungsplan Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum an der Blumenstraße 34 a und b“.

Die Verwaltung wird ermächtigt ein entsprechendes Planungsbüro in Abstimmung mit den Antragstellern zur Durchführung der Bauleitplanung zu beauftragen.

Mit den Antragstellern ist ein Kostenübernahmevertrag zu schließen. Alle entstehenden Kosten (u.a. Fachplaner, Gutachter) sind durch die Vorhabenträger zu tragen.

AZ 611
Bauamt

240 23 **Bericht aus der Bürgerversammlung 2021**

Am Donnerstag, den 21. Oktober 2021, fand im Großen Saal des Bürgerhauses Unterföhring gem. Art. 18 Abs. 1 Bayerische Gemeindeordnung (GO) die alljährliche Bürgerversammlung statt. Ca. 60 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Versammlung teil.

Herr Bgm. Kemmelmeyer eröffnete um 19:30 Uhr die Versammlung und begrüßte die Bürgerinnen und Bürger, die Vertreter der Presse, sowie die weiteren Gäste. Als Gäste waren Herr Stellv. Landrat Bußjäger und der Leiter der Polizeiinspektion Ismaning, Herr Bauer, anwesend.

Der aus dem Polizeidienst ausscheidende Herr EPHK Bauer wurde im Rahmen der Bürgerversammlung mit einem kleinen Geschenk von Herrn Bgm. Kemmelmeyer verabschiedet.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es lag ein schriftlicher Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V., vertreten von der Vors. Frau Elisabeth Rupprecht, vor. Der Antrag ging am 12.10.2021 bei der Gemeinde ein.

(1) Der Antrag des 1. Schwimmverein Unterföhring e.V. lautete wie folgt:

Der Gemeinderat möge folgendes Anliegen beraten: „Der 1. Schwimmverein Unterföhring e.V. regt an, dass mit dem Bau eines Hallenbades möglichst umgehend begonnen wird.“

Frau Rupprecht ergreift das Wort und verweist kurz auf die Inhalte des Antrags und trägt anschl. das Anliegen des Schwimmvereins und die Gründe nochmals kurz vor. Sie hinterfragt den Bau des Sportparks und bittet gleichzeitig darum, mit dem Bau eines Hallenbades umgehend zu beginnen.

Sie führt aus, dass über 800 Kinder im Alter bis 10 Jahre noch nicht oder nicht richtig schwimmen könnten. Als einen Grund dafür sieht sie die berufliche Beanspruchung der Eltern in unserer Zeit. Die vielen Gewässer rund um Unterföhring sind einladende Badegewässer, aber auch eine reale Gefahr für Nichtschwimmer.

Herr Bgm. Kemmelmeyer sichert zu, dass der Antrag in der nächsten Sitzung des Finanzausschuss zur Sprache kommt. Im Finanzausschuss wurde ein Empfehlungsbeschluss gefasst. Der Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss steht in heutiger Sitzung zur Abstimmung

Über den Antrag wird nicht abgestimmt.

Weitere Anträge lagen nicht vor.

Anschl. konnten von den Bürgerinnen und Bürgern Anfragen, Anregungen und Wünsche vorgebracht werden.

(2) Es folgt die erste Anfrage, die von Herrn Stefan Ganser gestellt wird:

Er erkundigt sich nach dem Sachstand zum Ausbau des Föhringer Rings.

Herr Bgm. Kemmelmeyer gibt einige Erläuterungen dazu: Das Verfahren stockt, da die früheren Planungen in die Jahre gekommen sind und nach derzeitigen, aktuellen Bestimmungen, neu aufgesetzt werden müssen. Die alten Planungen

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sind etwa 30 Jahre alt. Als Zeitschiene nennt Herr Kemmelmeier das Jahr 2025. Infos erfolgen sobald es möglich ist.

(3) Die nächste Anfrage bringt Herr Josef Trundt (Agenda 21) vor:

Er äußert sich zum Thema Geothermie und ist hier etwas besorgt. Eine mögliche Zusammenarbeit der Gemeinde mit den Stadtwerken München auf dem Gebiet der Geothermie muss gut bedacht werden. Bei den Plänen der SWM bestehe die Gefahr, dass die Unterföhringer Bohrung gestört werde, exakt dort, wo die Warmwasserreserven des Claims liegen. Die Münchner kennen den Claim sehr genau. Zu einer Partnerschaft zum Schaden Unterföhrings darf es nach seinen Worten nicht kommen. Keine Bohrung im Süden. Eine autarke Geovol muss Bestand haben. Daher keine Kooperation auf dem Gelände des HKW München Nord. Herr Trundt betont dabei auch, welche harte und mitunter rücksichtslose Verhandler die Münchner sein können.

Herr Bgm. Kemmelmeier erwidert dazu, dass wir unsere eigene Planung fahren. Eine Zusammenarbeit muss immer beiden Seiten Nutzen bringen. Auch Herr Lohr (Geovol) hat mit den SWM gesprochen. Bislang wurden 83 Mio. EUR in die Geothermie investiert. Unsere Versorgung hat erste Priorität und wird keinesfalls gefährdet. Wir sind wärmeautark.

(4) Danach folgt eine Anfrage und Bitte von Herrn Boris Kiefer:

Herr Kiefer besitzt ein E-Fahrzeug und spricht daher die Lade-Infrastruktur in Unterföhring an. Er sei auf die öffentliche Ladeinfrastruktur angewiesen, so Herr Kiefer. Er stellt fest, dass viel gebaut wurde, übt aber auch Kritik. Er spricht von 72 Ladepunkten, im Bereich Schule/Gymnasium, bei der VHS und am S-Bahnhof. Er fragt danach, ob die Ladestationen auch getestet werden. Er spricht techn. Dinge an, hinterfragt die Nutzbarkeit der Lade-Stationen für die Allgemeinheit und bemängelt die Tarife (Stichwort: MSP / Tarife) der Anbieter. Er bittet dringend, dass die Gemeinde die Säulen allesamt teste und entsprechend zugänglich mache.

Dies sagt ihm der Bürgermeister zu und das zeitnah.

Das Amt 3, Bauamt, Herr Kapfenberger, wird sich der Fragen annehmen.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

(5) Wunsch von Herrn Michael Gernet:

Herr Gernet spricht die Verkehrssituation an der „neuen“ Grundschule an der Mitterfeldallee an.

Er lobt, dass Vieles schon geschehen ist; aber allerhand Regeln werden weiter gebrochen. So halten sich viele Autofahrer(inne) nicht an die 30er -Zone. Er schlägt hier vor, die Geschwindigkeitsanzeigen wieder aufzustellen. Weiter möchte er an der dortigen Bahnbrücke über die Mitterfeldallee ein neongelbes Banner – Achtung Schule, angebracht wissen. Drittens soll ein Hinweis ans Container-Depot erfolgen, der die LKW-Fahrer nochmals auf die 30 km/h Begrenzung hinweist.

Herr Kemmelmeyer erwidert, dass die angeschnittenen Themen alle schon mit der Pi 26, Ismaning, im Rahmen der Verkehrsschau, besprochen wurden. Von der Polizei habe man erfahren, dass die Anzeige nichts bewirke, „da helfen nur Geldbeutel und Punkte“. Abgesehen davon gelte die Geschwindigkeitsbegrenzung nur zwischen 7 und 17 Uhr. Es werde jedoch ein Verkehrszähler (sog. Topo-Box) aufgestellt mit der die Zahl der Verstöße untersucht werde; das Thema werde weiterverfolgt. Das gewünschte Banner wird geprüft. Die Prüfung erfolgt durch das Amt 3, Bauamt. Anmerkung: Brücke/Gelände ist Bahneigentum.

(6) Herr Andreas Gatti äußert einen Wunsch:

Herr Gatti spricht die Parkplatzsituation für Wohnwägen an. Neuerdings werden vermehrt Strafzettel erteilt. Er spricht Stellplätze im Bereich der Bauhofstraße an. Auf seine Bewerbung um einen Platz hat er weder Info noch eine Absage erhalten.

Herr Bgm. Kemmelmeyer weist auf die Parkmöglichkeiten an der Jahnstraße hin (diese kannte Herr Gatti noch nicht). Herr EPHK Bauer, PI 26, führt ergänzend aus, dass das Parken von Wohnwägen max. für eine Dauer von 14 Tagen zulässig ist.

(7) Frau Uschi Linke bringt eine Anregung ein:

Bei der Zufahrt Richtung Kleingarten / Feringasee, sollte die Adresse des Gasthofs zur besseren Orientierung angegeben werden.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung, Bauamt, Herr Kapfenberger wird hier prüfen.

(8) Herr Gernot Westhäuser hat zwei Anfragen vorzubringen:

Er zeigt zum einen das Parkproblem an der Münchner Straße (St 2053), Bereich Abzweig Aschheimer Straße, auf. Er wünscht sich in diesem Bereich die Einrichtung eines Halteverbots.

Hier parkten Autos auf der Münchner Straße bis kurz vor der Ampel, sodass es schwierig sei, die Straße einzusehen. Wenn ein Bus dort verkehrt, kann es richtig eng werden.

Auch dieses Thema habe man bei der Verkehrsschau behandelt, führt Herr Bgm. Kemmelmeyer aus. Das Parken sei an dieser Stelle erlaubt und es sei eine Staatsstraße, die Gemeinde habe keinen direkten Zugriff. Man schlage aber vor, dort ein Halteverbot auszuweisen.

Weiter spricht er noch die gesperrte Moosbahnbrücke an.

Hierzu erläutert Herr Bgm. Kemmelmeyer, dass noch ein Gutachten erforderlich ist. Die Statiker sind zuversichtlich. Die eingetretene Verzögerung ist auch den Folgen der Corona-Pandemie geschuldet. Wir sind dran.

(9) Nochmalige Wortmeldung von Herrn Josef Trundt:

Er spricht der Gemeinde und der Verwaltung seinen Dank aus.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht aus der Bürgerversammlung zur Kenntnis.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Hauptamt

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

241 23 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

241 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 12/2021 Antrag der PWU-Fraktion zur "Realisierung eines
Einheimischen Modells an der Aschheimer Straße"

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion zur „Realisierung eines Einheimischen Modells an der Aschheimer Straße“ vom 28.11.2021, eingegangen am 29.11.202, bekannt. Der Antrag wurde den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt. In der Sitzung des Gemeinderates am 13.01.2022 soll über diesen Antrag beraten werden.

AZ 6110
Bauamt

241 23 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 12/2021 Vergabe Preisgeld „Unterföhringer Kulturpreis 2020 /
2021“

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 11.02.2021, Nr. 119 in Erinnerung, in dem beschlossen wurde, die Preisgelder für den Unterföhringer Kulturpreis 2020 sowie 2021 gemeinsam zu vergeben.

Die Beratung über die Vergabe des Preisgeldes in der Höhe von 8.000€ wurde in das Gremium der INTHEGA Landesgruppe Bayern, dessen Vorsitzende Frau Schulte-Rief ist, gegeben.

Die Landesgruppe setzt sich zusammen aus 51 KulturstadtleiterInnen, die in der Sitzung am 22.07.2021 in München diverse Vorschläge erbracht und diskutiert haben. In der Sitzung vom 24.11.2021 fiel die Entscheidung für die Vergabe an die „Compagnie Nik“.

Die „Compagnie Nik“ besteht aus dem Ensemble Niels Klaunik, Dominik Burki, Lydia Starkulla, Veronika Wolff, Florian Hackspiel, Dominik Wilgenbus, Katharina Schmidt und Farina Simbeck.

Sie produziert politisches Kinder- und Jugendtheater „aus Leidenschaft und mit klarem Anliegen“.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Brisante politische Themen und gesellschaftliche Diskussionen werden auf die Bühne gebracht um damit das Theater wieder zu einem Raum öffentlicher Diskussion zu machen.

Es geht dem Ensemble darum, Theater auch an Orte zu bringen, die weit ab vom nächsten Stadttheater liegen und somit allen Jugendlichen den Zugang zu dieser Kunstform zu ermöglichen.

Es geht weiter darum, „gerade dem „Zuschauernachwuchs“ eine Gelegenheit zu geben, Theater als einen lustvollen, komödiantischen Umgang mit den Themen und Problemen ihres Alltages zu begreifen; sie zur Stellungnahme aufzufordern, sie als politisch und gesellschaftlich handelnde Subjekte zu erkennen. Kinder- und Jugendtheater, das über Märchen und Gute – Nacht – Geschichten hinausgeht, das Jugendlichen nicht ihre Fehler vor Augen führt, sondern sie zur gesellschaftlichen Partizipation aufruft und sie mit ihren Problemen, Ängsten und Träumen ernst nimmt.“

Das Ensemble gastierte seit 2017 mit den Produktionen „König & König“, „Serafin & seiner Wundermaschine“ und zuletzt „Im Glück“ in der Grundschule Unterföhring und im Bürgerhaus.

Die öffentliche Veranstaltung zur feierlichen Übergabe ist am 03.10.2022 geplant, im Rahmen der ersten Übergabe der neuen Kulturpreis-Trophäe.

AZ 310
Kulturamt

241

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2021 Sachstand gemeindliche Ladeinfrastruktur; Funktion und Nutzung

Im Gemeindegebiet werden insgesamt 73 kommunale E-Ladepunkte betrieben. 45 Normalladepunkte sind von der Öffentlichkeit zugänglich. Es befinden sich am Bahnhof 4, in der Tiefgarage VHS 3, Tiefgarage Bürgerfestplatz 8 und im Parkhaus Diesel-/Beta-Straße 10 Ladepunkte. 28 von 48 Ladepunkte am Schulcampus stehen den Mitarbeiter zum Laden Ihrer E-Autos in der nicht öffentlichen Tiefgarage zur Verfügung.

Dieser rasche Auf- und Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Automobile innerhalb von 2 Jahren birgt auch für die Gemeinde ein paar Hürden. Ein kostenpflichtiges Laden wurde eingeführt. Der landkreisweite Dienstleister Wirelane ist für die Abrechnung eingesetzt worden. Zu einem einheitlichen Tarif von 0,38 Euro/kWh kann im Landkreis München der genutzte Strom an

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den Ladepunkten über den Dienstleister Wirelane mittels kostenloser APP, Homepage-Besuch oder RIFD-Karte bezogen werden. Bei Nutzung von APPs und RIFD-Karten von Drittanbietern kann der Tarif abweichen, dies ist in den AGBs des Drittanbieters vermerkt. Hier kann die Gemeinde keinen Einfluss nehmen und appelliert die Verbraucher die landkreisweite Abrechnungsmöglichkeit über Wirelane zu verwenden.

Wiederholte Hinweise der Nutzer über Probleme über die Nutzung vor Ort, Defekte an den Geräten und weiteren Auffälligkeiten, wie bspw. fehlerhaften oder fehlende QR-Codes wurden an die Gemeinde weitergegeben. Zur raschen Hilfe vor Ort wird eine kostenfreie Hotline von Wirelane angeboten, diese ist an jeder Lademöglichkeit vermerkt. Die weiteren Themen werden schnellst möglichst in enger Zusammenarbeit zw. Gemeinde und Dienstleister behoben. Beispielsweise wurden nun nahezu alle Ladesäulen beschriftet, die neue Hotlinenummer ist nun an jedem Standort zu finden, alle nutzbaren Ladepunkte sind auf der Dienstleister-Homepage/-APP einsehbar und defekte Hardware zur Reparatur beauftragt (1 von 4 Ladepunkten, S-Bahnhof). Die aufgetretenen Probleme sind bisher stets behoben worden und erhalten auch zukünftig eine sehr hohe Priorität.

Innerhalb von 2 Jahren hat die Gemeinde eine Ladeinfrastruktur in hoher Anzahl aufgebaut. Vergleichsweise findet man im Landkreis Ebersberg 33 öffentlich Ladepunkte. Der E-Auto-Fahrer kann in der Gemeinde die vorhandene Ladeinfrastruktur zuverlässig nutzen und bei Bedarf auf diverse Standorte im Gemeindegebiet ausweichen. Weitere Standorte werden zzt. auf ihre Realisierung mit Beschluss Nr. 141 aus dem Gemeinderat vom 11.03.2021 momentan von der Verwaltung geprüft. Für die Zukunft wird beabsichtigt eine Schnelllademöglichkeit am Rathaus anzubieten. Somit hat die Gemeinde bereits nennenswertes für eine umweltfreundlichere Mobilität getan und wird noch weitere Angebote für ihre Bürger schaffen.

AZ 85
Bauamt

241

23 **Bekanntgaben / Anfragen**
Anfrage Frau Rader - Dauerparker auf E-Ladestationen am S-Bahnhof /
Standorte Ladestationen im öffentlichen Raum

Frau Rader fragt an, ob man gegen die Dauerparker auf den E-Ladestationen am S-Bahnhof etwas unternehmen könnte. Herr Kapfenberger (Leitung Bauamt) wird die Kommunale Verkehrsüberwachung darüber in Kenntnis setzen und eine vermehrte Kontrolle in diesem Bereich anordnen.

23. Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Des Weiteren fragt Frau Rader an, wie es mit den Standorten der einzelnen E-Ladestationen im öffentlichen Raum aussieht. Herr Kapfenberger (Leitung Bauamt) teilt dem Gremium mit, dass die Standorte in der Februarsitzung 2022 dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Bauamt

Bis zum Ende der öffentlichen Sitzung sind keine Einwände gegen die Beschlussfassungen aufgrund Probleme bei der Zuschaltung mittels Ton- und Bildübertragung vorgebracht worden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer